

Herr Ständerat
Fabio Abate
Via Ciseri 23

6601 Locarno

Brugg und Lugano, 17. Januar 2013

Gemeinsame elterliche Sorge, Geschäftsnummer 11.070 n

Sehr geehrter Herr Ständerat Abate,

Als Mitglied der Rechtskommission des Ständerates werden Sie in der kommenden RK-Sitzung über die elterliche Sorge debattieren.

Wir vertreten unzählige betroffene Bürgerinnen und Bürgern, für welche dieses Thema von höchster Bedeutung ist, da sie selber erleben mussten, wie einschneidend sich das aktuelle Schweizer Familienrecht auf ihr Befinden und insbesondere auf das ihrer Kinder auswirken kann.

Um die Kinder so weit als möglich aus den Konflikten rund um Trennung und Scheidung zu halten, ist es unumgänglich, die gemeinsame Sorge als Regelfall einzuführen.

Beide Eltern sollen unter den veränderten Umständen die gleichen Startmöglichkeiten erhalten, weiterhin die Beziehung zu ihren Kindern zu pflegen. Das Sorgerecht ist hauptsächlich ein Recht des Kindes auf Sorge, woraus gleichzeitig eine Pflicht der Eltern abgeleitet werden kann und muss, diese Verantwortung auch wahrzunehmen.

Wir erachten den sog. „Wohnort-Artikel“ (Art. 301 a E-ZGB) als einen der Schlüsselartikel in dieser Revision. Er unterstützt das Grundrecht des Kindes und beider Elternteile auf die Aufrechterhaltung des Familienlebens. Juristische Erläuterungen hierzu finden Sie im beiliegenden Text.

Um die von der Revision angestrebten Effekte möglichst flächendeckend auch zu erreichen, wäre es ausserdem äusserst sinnvoll, das bewährte Konzept der Mediation zu fördern. Eltern in Krisensituationen sollte diese deeskalierende, Ressourcen schonende Methode bei Bedarf auch auferlegt werden können.

Um den gewünschten Veränderungen auch Nachdruck zu verleihen, erachten wir es überdies als unerlässlich, die grundlose Verweigerung von Kontaktrechten gegenüber dem anderen Elternteil mit wirksamen Sanktionen zu belegen. Die Aufrechterhaltung der Beziehung zu beiden Elternteilen gehört notabene zu den Grundrechten eines Kindes.

Weiterführende Informationen hierzu finden Sie in den beigelegten Flyern.
Wir vertrauen in Ihr Verantwortungsbewusstsein und bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüssen,



Oliver Hunziker
Präsident VeV Schweiz



Katherin Säuberli
Präsidentin donna2



Einschränkung der Niederlassungsfreiheit aufgrund des Mitbestimmungsrechts des Aufenthaltsortes von gemeinsamen Kindern.

1. Ausgangslage

Der vom Nationalrat gebilligte Entwurf des Bundesrates zur Sorgerechtsrevision sieht vor, dass beide sorgeberechtigten Eltern den Aufenthaltsort des gemeinsamen Kindes mitbestimmen dürfen. Ein Wohnsitzwechsel des obhutsberechtigten Elternteils mit dem Kind ins Ausland bedarf der Zustimmung des unterhaltspflichtigen Elternteils oder der Entscheidung des Gerichts oder der Kindesschutzbehörde.¹

Dasselbe gilt, wenn der Wechsel des Aufenthaltsortes „erhebliche Auswirkungen“ auf die Ausübung der elterlichen Sorge des anderen Elternteils hat.²

Dieser Vorschlag zielt darauf ab, die aktuelle Rechtslage zu verändern. Nach der geltenden Rechtsprechung des Bundesgerichts aus dem Jahre 2010 darf allein der obhutsberechtigte Elternteil den Aufenthaltsort gemeinsamer Kinder bestimmen.

Er darf den Wohnsitz der Kinder auch gegen deren Willen ins Ausland verlegen. Eine Ausnahme bildet nur das Rechtsmissbrauchsverbot und die ernsthafte Gefährdung des Kindeswohls.³

Der obhutsberechtigte Elternteil darf zudem bestimmen, dass die Kinder in ein Heim müssen und nicht beim anderen Elternteil leben dürfen.⁴ In einem jüngeren Entscheid hat das Bundesgericht sogar die Obhutsübertragung auf den ins nahe Ausland (Umzug von der Gemeinde Schwyz nach Lichtenstein) ziehenden Elternteil gebilligt, obwohl das Kind nach der Trennung seiner Eltern in einer alternierenden Obhut gelebt hatte, dieses Modell verbindlich in einer durch die Kindesschutzbehörde genehmigten Vereinbarung festgehalten und später abermals von der Kindesschutzbehörde und dem Bezirksgericht genehmigt worden war. Das Kind war in seinem Elternhaus und angestammten Umfeld gut aufgehoben. Es bestanden keine Bedenken in Bezug auf das Kindeswohl.⁵

¹ Art. 301a Ziff. 2 lit. a E-ZGB, auffindbar unter : <<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2011/9115.pdf>>, zuletzt besucht am : 1.11.2012.

² Art. 301a Ziff. 2 lit. b E-ZGB, auffindbar unter : <<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2011/9115.pdf>>, zuletzt besucht am : 1.11.2012.

³ BGE 136 III 353, E. 3; Dem zahlungspflichtigen Elternteil wurde im vorliegenden Fall – auf eigene Kosten – zugemutet alle 14 Tage nach Teschechien zu fliegen, um sein Besuchsrecht wahrzunehmen (E. 4).

⁴ BGer, Urteil 5P.140/2001 vom 10.7.2001, E. 2a.

⁵ Vgl. BGer, Urteil 5A_284/2012 vom 10.9.2012, E. A sowie 6.5 ff.



2. Stellungsbezug zur Kritik der Gegner

Vereinzelt war in Schweizer Tageszeitung zu vernehmen, dass sich einzelne Kreise kritisch zu dieser „Wohnsitzklausel“ äusserten. Vertreten wird in etwa die Ansicht, dass die Niederlassungsfreiheit verletzt werde, dass die Klausel Streit verursachen und für Schikanen missbraucht werden könnte. Darauf sei in der Folge einzugehen.

2.1. Einschränkung der Niederlassungsfreiheit

Durch Art. 301a E-ZGB wird die Niederlassungsfreiheit eingeschränkt, nach welcher Schweizerinnen und Schweizer das Recht haben sich an jedem Ort des Landes niederzulassen, in die Schweiz einzureisen bzw. die Schweiz zu verlassen.⁶ **Grundrechtseinschränkungen sind möglich und verfassungskonform, wenn sie den Anforderungen von Art. 36 BV genügen.** Das Bundesgericht hat z.B. eine Wohnsitzpflicht in zahlreichen Fällen gebilligt und damit keine allzu hohen Anforderungen an die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit gestellt.⁷ Zu prüfen sei, ob auch der Vorschlag des Bundesrates gerechtfertigt ist.

Mit Art. 301a E-ZGB besteht eine formelle gesetzliche Grundlage, die zur Einschränkung selbst schwerer Grundrechte genügt. Die Anforderungen an Art. 36 Abs. 1 BV sind damit erfüllt.

Durch den Wegzug und die Distanz zwischen den Wohnorten der Eltern werden die grundrechtlich geschützte Beziehung und Aufrechterhaltung des Kontakts⁸ zwischen einem Kind und dem zurückgebliebenen Elternteil erschwert, zum Teil gar verunmöglicht. **Dies widerspricht dem Kindeswohl.**⁹ Für das Kind ist die Veränderung der gewohnten sozialen und geographischen Umgebung in der sonst schon schwierigen Scheidungs- bzw. Trennungssituation ein zusätzlicher Belastungsfaktor.¹⁰ **Öffentliche Interessen wie sie Art. 36 Abs. 2 verlangt liegen demzufolge vor.** Wie sich im nachfolgenden Abschnitt zeigen wird, (denjenigen des Kindes und der anderen Elternperson).

Im Rahmen des **Verhältnismässigkeitsprinzips** ist zu prüfen, ob die Massnahme zur Wahrung der oben genannten Interessen geeignet, erforderlich und zumutbar ist.¹¹ Der Eingriff ist zweifelsfrei geeignet, um den Kontakt zwischen dem Kind und dem anderen Elternteil zu stärken und dem Kindeswohl zu dienen, indem es in seinem gewohnten Umfeld bleiben darf. Wenn diese Interessen uneingeschränkt gewahrt werden sollen, ist eine Lösung im Sinne von Art. 301a E-ZGB erforderlich. Auch das Verhältnis von Eingriffszweck und Eingriffswirkung scheint in Anbetracht der zur Frage stehenden Interessen zumutbar. Umso mehr, wenn die Konsequenzen einer Scheidung bzw. Trennung für alle Beteiligten global betrachtet werden: So werden z.B. das Kind und der nicht obhutsberechtigte Elternteil ebenfalls in mehreren Grundrechten eingeschränkt: So zumindest in ihrem Anspruch auf Achtung des Familienlebens,¹² da der Anspruch auf Kontakt und Zusammenleben mit der Familie eingeschränkt wird. Der EGMR setzt in seiner Rechtsprechung sogar voraus, dass das Sorgerecht

⁶ Art. 24 BV.

⁷ Vgl. BIAGGINI GIOVANNI, Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft, Kommentar, Zürich 2007, Art. 24 BV, Rz. 9 ff.

⁸ Vgl. MÜLLER JÖRG PAUL/SCHEFER MARKUS, Grundrechte in der Schweiz, 4. A., Bern 2008, S. 234 ff.

⁹ RUMO-JUNGO ALEXANDRA, Gemeinsame elterliche Sorge geschiedener und unverheirateter Eltern, der Vorentwurf und der geplante Entwurf des Bundesrates, in: Jusletter vom 15.2.2010, Rz. 18 ff.

¹⁰ Vgl. FELDER WILHELM/HAUSHEER HEINZ/STAUB LISELOTTE, Gemeinsame elterliche Sorge – eine psychologische Betrachtungsweise, in: ZBJV 142/2006 S. 539.

¹¹ KIENER REGINA/KÄLIN WALTER, Grundrechte, Bern 2007, S. 102 ff.; HÄFELIN ULRICH/HALLER WALTER/KELLER HELEN, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 8. A., Zürich 2012, Rz. 320 ff.

¹² Art. 13 Abs. 1 BV.



durch den Anspruch auf Achtung des Familienlebens geschützt wird.¹³ Das Sorgerecht beinhaltet nach stetiger bundesgerichtlicher Rechtsprechung auch die Obhut, welche die Bestimmung des Aufenthaltsortes und der Betreuung betrifft.¹⁴ Nicht über den Aufenthaltsort des Kindes mitbestimmen zu dürfen ist damit ein Grundrechtseingriff. Eingegriffen wird auch in die durch die Wirtschaftsfreiheit¹⁵ geschützte Berufswahlfreiheit: Alimenteschuldnerinnen und -schuldner sind nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung unter Androhung einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren¹⁶ verpflichtet, ihre Arbeitskraft wirtschaftlich optimal zu nutzen und gegebenenfalls ihre Stelle oder ihren Beruf zu wechseln, um die hohen Alimente bezahlen zu können.¹⁷ Diese Verpflichtung dauert über lange Zeitspannen an; zu denken ist in etwa an das 10/16 oder lebenslänglich-Modell, welches das Bundesgericht seit den 1980er-Jahren (!) aufrecht erhält.¹⁸ Über eine derart lange Zeit nicht entscheiden zu dürfen wo, wie und was die betroffene Person arbeiten möchte, greift in ihr für die individuelle Persönlichkeitsentfaltung so wichtiges Selbstbestimmungsrecht ein.¹⁹ Zu bedenken ist ebenso, wie stark am Einkommen und Vermögen der Betroffenen gezehrt wird.²⁰ **Die Anforderungen von Art. 36 Abs. 3 BV sind somit erfüllt.**

Der Kerngehalt der Niederlassungsfreiheit bleibt auch mit der neuen Regelung gewahrt.²¹ Die obhutsberechtigte Person ist nach wie vor frei, alleine ihren Wohnsitz zu wechseln, wenn sie dies möchte.²² Zudem dürften die Gerichte aus wichtigen Gründen vom Grundsatz des festgelegten Wohnsitzes abweichen (z.B. im Sinne von Art. 5 BG-KKE²³ bzw. Art. 13 HKÜ²⁴).

Gesamthaft betrachtet scheint das Mitbestimmungsrecht über den Wohnsitz des Kindes den mittelbaren Eingriff in die Niederlassungsfreiheit der betreuungs-berechtigten Person zu rechtfertigen und keine Probleme grundrechtlicher Natur aufzuwerfen. Zum selben Schluss kamen auch der Bundes- und der Nationalrat.

¹³ EGMR, Urteil i.S. Zaunegger gg. Deutschland vom 3.12.2009, Nr. 22028/04, § 40 f. ; Vgl. ferner: Art. 14 EMRK, sowie: WIDRIG MARTIN, Elterliche Sorge – ein Grundrecht?, in: Jusletter vom 23.7.2012, Rz. 23 ff.

¹⁴ BGE 128 III 9 E. 4a; BGE 136 III 353 E. 3.2.

¹⁵ Art. 27 BV.

¹⁶ Art. 217 StGB.

¹⁷ BGE 126 IV 131, E. 3a.aa ff.; BGE 114 IV 124, 3b.aa.

¹⁸ BGE 115 II 6, E. 3c.

¹⁹ Vgl. Art. 10 Abs. 2 BV.

²⁰ Vgl. Art. 26 BV.

²¹ Art. 36 Abs. 4 BV.

²² Vgl. RUMO-JUNGO ALEXANDRA, Gemeinsame elterliche Sorge geschiedener und unverheirateter Eltern, der Vorentwurf und der geplante Entwurf des Bundesrates, in: Jusletter vom 15.2.2010, Rz. 18 ff.

²³ Bundesgesetz über die internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutze von Kindern und Erwachsenen vom 21.12.2007 (BG-KKE, SR 211.222.32), das präzisiert unter welchen Bedingungen

²⁴ Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung vom 25.10.1980 (HKÜ, SR 0.211.230.02).



2.2. Klausel als Ursache für Streit und Schikanen

Gegner der Vorlage befürchten, dass Art. 301a E-ZGB eine Ursache für Streit und Schikanen werden könnte. Wir sind der Ansicht, dass die Klausel vorsichtig formuliert worden ist und dem betreuungsberechtigten Elternteil jederzeit ermöglicht, sich **im Falle von Missbrauch an die Kindesschutzbehörde oder ein Gericht zu wenden.**²⁵ **Diese werden keinen Missbrauch oder Schikanen dulden.** Wer schikanös und missbräuchlich handelt wird in schlechtem Licht dastehen und die Gerichtskosten übernehmen müssen. Darin liegt gerade **der grosse Vorteil dieser Regelung im Vergleich zum geltenden Recht: Wer schikaniert verliert.** Dies im Gegensatz zum heutigen Recht, nach welchem der obhutsberechtigte Elternteil ohne Konsequenzen oder gerichtliche Kontrolle durch einen Umzug den persönlichen Verkehr von Kindern und dem anderen Elternteil erschweren oder verunmöglichen kann und zugleich das Kind seinem gewohnten Umfeld entzieht.²⁶ Beides widerspricht dem Kindeswohl.²⁷

Wir sind der Ansicht, dass diese Regelung **eher zu einer Verhinderung eines Streits, als zu einer Eskalation führt.** Die Regelung ermöglicht die Aufrechterhaltung des Familienlebens mit beiden Elternteilen. Dies ist eine wesentliche Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation, die aufgrund ihrer Machtungleichheit zwischen den Eltern häufig Ursache für die zahlreichen dem Kindeswohl abträglichen Elternkonflikte und Kontaktabbrüche zwischen dem Kind und dem besuchsberechtigten Elternteil sein dürfte.²⁸

3. Abschliessende Würdigung

Aufgrund des Gesagten sind wir der Ansicht, dass Art. 301a E-ZGB eine **höchst sinnvolle, wenn nicht unerlässliche Bestimmung der Sorgerechtsrevision ist. Sie schützt das vertraute soziale und geographische Umfeld des Kindes und favorisiert den Bestand wichtiger Beziehungen für alle Familienmitglieder.** Durch die gerichtliche oder behördliche Kontrolle kann möglichem Missbrauch effizient Einhalt geboten werden. Wer seine Pflichten gegenüber dem Kind vernachlässigt, riskiert einen Sorgerechtsentzug und verliert das Recht, über den Wohnsitz des Kindes mitzubestimmen. Das ausgewogenere „Machtgleichgewicht“ dürfte ebenso zu einem Abbau der für das Kind schädlichen Konflikte zwischen seinen Eltern führen²⁹ und belohnt werden diejenigen Eltern, die es fertig bringen trotz Trennung miteinander zu kooperieren. Wir begrüssen die Bestimmung und hoffen, dass sie durchgesetzt wird.

²⁵ Art. 301a E-ZGB.

²⁶ RUMO-JUNGO ALEXANDRA, Gemeinsame elterliche Sorge geschiedener und unverheirateter Eltern, der Vorentwurf und der geplante Entwurf des Bundesrates, in: Jusletter vom 15.2.2010, Rz. 18.

²⁷ RUMO-JUNGO ALEXANDRA, Gemeinsame elterliche Sorge geschiedener und unverheirateter Eltern, der Vorentwurf und der geplante Entwurf des Bundesrates, in: Jusletter vom 15.2.2010, Rz. 20; Vgl. auch: FELDER WILHELM/HAUSHEER HEINZ/STAUB LISELOTTE, Gemeinsame elterliche Sorge – eine psychologische Betrachtungsweise, in: ZBJV 142/2006 S. 539.

²⁸ Vgl. STAUB LISELOTTE, Pflichtmediation: Mythos und Wirklichkeit, in: ZVW 2006, S. 121 ff., S. 123.

²⁹ STAUB LISELOTTE, Pflichtmediation: Mythos und Wirklichkeit, in: ZVW 2006, S. 121 ff., S. 123.

Elterliche Sorge, Revision

Sitzung des Nationalrats vom 25. September 2012,
8.00–13.00

Thema: ANGEORDNETE MEDIATION

ZGB Art. 301a Abs. 2 Buchst. b und Abschnitt 3 (Minderheit)

Unsere Position

Wir unterstützen:

- Die Position der *Mehrheit* (Ergänzung von: «und für deren persönlichen Verkehr»)
- *Teilweise* den Vorschlag der *Minderheit* (Ergänzung von: «Das Gericht oder die Kinderschutzbehörde können eine Mediation anordnen»). Wir wollen, dass die Mediation obligatorisch wird («ordnet an» anstatt «kann anordnen»).

Unser Textvorschlag (ZGB 301a)

Absatz 2, Buchstabe b

b. Der Umzug hat bedeutende Folgen für die Ausübung der elterlichen Sorge durch den anderen Elternteil und für dessen persönliche Beziehungen zum Kind.

Absatz 3

Wenn die Eltern, welche die elterliche Sorge gemeinsam ausüben, sich nicht über den Wohnort des Kindes, die Ausübung der elterlichen Sorge und den persönlichen Verkehr des Kindes mit jedem Elternteil verständigen können, ordnet das Gericht oder die Kinderschutzbehörde eine Mediation an.

Gründe*

1. Die Mediation macht aus betroffenen Eltern Beteiligte bei einer Verständigung zum Wohl des Kindes.
2. Die Mediation macht die Wiederanknüpfung der Kommunikation zwischen den Eltern möglich.
3. Mediation ist wirksam.
4. Mediation ist für Staat und Gesellschaft günstiger.

* siehe detaillierte Argumentation auf der Rückseite

Révision de loi relative à l'autorité parentale

Séance du Conseil national du 25 septembre 2012,
8.00–13.00

Thème: MÉDIATION ORDONNÉE

Article CCS 301a, alinéa 2, lettre b et alinéa 3 (minorité)

Notre position

Nous soutenons :

- la proposition de la *majorité* (ajout de: «et pour les relations personnelles de ce dernier»),
- ainsi que, *en partie*, la proposition de la *minorité* (ajout de: «le juge ou l'autorité de protection peut ordonner une médiation»), que nous demandons de rendre obligatoire («ordonne» au lieu de «peut ordonner»).

Notre proposition de texte (CCS 301a)

Alinéa 2, lettre b

b. le déménagement a des conséquences significatives pour l'exercice de l'autorité parentale par l'autre parent et pour les relations personnelles de ce dernier.

Alinéa 3

Si les parents qui exercent conjointement l'autorité parentale ne parviennent pas à s'entendre sur le lieu de résidence de l'enfant, sur l'exercice de l'autorité parentale et sur les relations personnelles de l'enfant avec chacun de ses parents, le juge ou l'autorité de protection ordonne une médiation.

Motifs*

1. La médiation fait des parents concernés des acteurs de l'accord à trouver dans l'intérêt de l'enfant.
2. La médiation permet de rétablir la communication entre parents.
3. La médiation est efficace.
4. La médiation est moins coûteuse pour l'Etat et la société.

* voir l'argumentation détaillée au verso

Revisione della legge relativa all'autorità parentale

Sessione del Consiglio nazionale del 25 settembre 2012,
8.00–13.00

Tema: MÉDIAZIONE FORZATA

Articolo CCS 301a, capoverso 2, lettera b e capoverso 3 (minoranza)

La nostra posizione

Noi sosteniamo:

- la proposta della *maggioranza* (con l'aggiunta: «e per le relazioni personali di quest'ultimo»),
- così come, *in parte*, la proposta della *minoranza* (con l'aggiunta: «il giudice o l'autorità di protezione può ordinare una mediazione»), che chiediamo di rendere obbligatoria («ordina» al posto di «può ordinare»).

Nostra proposta di testo (CCS 301a)

Capoverso 2, lettera b

b. il trasloco ha delle conseguenze significative per l'esercizio dell'autorità parentale per l'altro genitore e per le relazioni personali di quest'ultimo.

Capoverso 3

Se i genitori che esercitano congiuntamente l'autorità parentale non riescono ad accordarsi sul luogo di residenza del figlio, sull'esercizio dell'autorità parentale e sulle relazioni personali del figlio con entrambi, il giudice o l'autorità di protezione ordina una mediazione.

Motivi*

1. La mediazione stimola i genitori coinvolti ad essere gli attori dell'accordo nell'interesse del bambino.
2. La mediazione permette di ristabilire la comunicazione tra i genitori.
3. La mediazione è efficace.
4. La mediazione è meno costosa per lo Stato e la società.

* argomentazioni dettagliate sul retro

Argomento 1

La mediazione stimola i genitori coinvolti ad essere gli attori dell'accordo nell'interesse del bambino

Nella mediazione, non sono soggetti esterni, che decidono, sulla base di una conoscenza falsata dall'esposizione impregnata di emozioni negative trasmesse dalle parti, ma sono invece le parti stesse. Sono loro che costruiscono il loro proprio futuro, e quello dei loro figli, in funzione dei loro desideri, delle loro situazioni e dei loro interessi.

Argomento 2

La mediazione permette di ristabilire la comunicazione tra i genitori

La reciproca comprensione dei problemi di entrambe le parti migliora la possibilità di cooperazione tra loro. Essa ristabilisce la loro capacità di trovare in maniera autonoma le soluzioni per la cura del figlio e per il mantenimento finanziario, così come ad adattarsi al cambiamento della situazione dei genitori e dei figli. La mediazione aiuta i genitori a superare i risentimenti e ad porre una maggiore attenzione ai bisogni prioritari e agli interessi del bambino.

Argomento 3

La mediazione è efficace

Le esperienze fatte sia in Svizzera (esempio di Bülach/ZH) che all'estero (Germania [Cochem!], Norvegia, Olanda, Grand-Bretagna, Canada) dimostrano che anche i conflitti acuti possono trovare soluzioni durevoli grazie alla mediazione. I tribunali intervengono solo in casi veramente speciali. Le procedure giudiziarie ordinarie, stabilendo un vincitore e un soccombente, contribuiscono frequentemente all'inasprimento e alla perennizzazione dei conflitti, così che sovente porta all'abbandono o alla delegittimazione del genitore non affidatario. **In Svizzera, 18'000 bambini non hanno più contatti con il genitore non affidatario!**

Argomento 4

La mediazione è meno costosa per lo Stato e la società

Le soluzioni trovate grazie alle vie extragiudiziarie sono meglio rispettate piuttosto che le decisioni imposte. Le decisioni giudiziarie causano non solo delle grandi sofferenze per i bambini, ma generano dei costi sociali considerevoli per la collettività (assenteismo dal lavoro, costi di cura per la sofferenza, abuso di alcool, di medicinali e di droghe, suicidi e drammi familiari).

Argument 1

La médiation fait des parents concernés des acteurs de l'accord à trouver dans l'intérêt de l'enfant

Dans la médiation, ce ne sont pas des intervenants externes, qui décident, sur la base d'une connaissance faussée par les présentations empreintes d'émotions négatives faites par les parties, mais bien les parties elles-mêmes. Ce sont celles-ci qui construisent leur propre avenir, et celui de leur enfant, en fonction de leurs souhaits, de leur situation et de l'intérêt de l'enfant.

Argument 2

La médiation permet de rétablir la communication entre parents

La compréhension mutuelle et réciproque des problèmes de chaque partie améliore les possibilités de coopération entre elles. Elle rétablit leur capacité à trouver de manière autonome les solutions pour la prise en charge de l'enfant et pour les contributions financières, ainsi qu'à adapter leurs arrangements à la situation changeante des parents et des enfants. La médiation aide les parents à dépasser les ressentiments et à accorder une attention prioritaire aux besoins et aux intérêts de l'enfant.

Argument 3

La médiation est efficace

Les expériences faites aussi bien en Suisse (exemple de Bülach/ZH) qu'à l'étranger (Allemagne [Cochem!], Norvège, Pays-Bas, Grande-Bretagne, Canada) démontrent que même des conflits aigus peuvent trouver des solutions durables grâce à la médiation. Les tribunaux n'interviennent que dans des cas résiduels. Les procédures judiciaires ordinaires, en désignant un vainqueur et un perdant, contribuent très souvent à l'escalade et la pérennisation des conflits, ainsi que souvent à l'abandon ou à l'éviction du parent non gardien. **En Suisse, 18'000 enfants n'ont plus de contacts avec le parent non gardien!**

Argument 4

La médiation est moins coûteuse pour l'État et la société

Les arrangements trouvés par des voies extrajudiciaires sont mieux respectés que les décisions imposées. Les règlements judiciaires causent non seulement de grandes souffrances pour les enfants, mais génèrent des coûts sociaux considérables pour les collectivités publiques (absentéisme au travail, contributions d'entretien en souffrance, abus d'alcool, de médicaments et de drogues, suicides et drames familiaux).

Argument 1

Die Mediation macht aus betroffenen Eltern Beteiligte bei einer Verständigung zum Wohl des Kindes.

Bei einer Mediation bestimmen die Betroffenen selbst über ihre Zukunft. Es sind nicht aussenstehende Drittpersonen, die aufgrund der von negativen Gefühlen geprägten Darstellungen der Parteien entscheiden. Die Eltern nehmen ihr eigenes Schicksal und jenes ihres Kindes in die eigene Hand, ausgehend von ihrer persönlichen Lage, ihrer Wünsche und dem Wohl des Kindes.

Argument 2

Die Mediation macht die Wiederanknüpfung der Kommunikation zwischen den Eltern möglich.

Das gegenseitige Verständnis der Probleme der Parteien erleichtert das Finden gemeinsam getragener Lösungen. Sie erlaubt den Eltern, nach einem Streit wieder miteinander ins Gespräch zu kommen und autonom Lösungen zu finden für die Aufteilung der Betreuung sowie der Unterhaltszahlungen. Eine Mediation hilft auch, künftige Veränderungen in den Lebensumständen von Eltern und Kindern ohne Beizug von Drittpersonen bewältigen zu können. Die Eltern können ihre negativen Emotionen überwinden und ihr Hauptaugenmerk auf die Bedürfnisse ihrer Kinder richten.

Argument 3

Mediation ist wirksam

Sowohl die in der Schweiz (Bülach/ZH) als auch im Ausland (D, N, NL, GB, CDN) gemachten Erfahrungen belegen, dass sich dank der Mediation auch bei schweren Konflikten nachhaltige Lösungen finden lassen. Die Gerichte greifen nur ein, wenn keine Lösung zustande kommt. Die gewöhnlichen Gerichtsverfahren mit ihren Siegern und Verlierern tragen häufig zu einer Eskalation und Verlängerung des Konflikts bei. Häufig führt dies dazu, dass der nicht obhutsberechtigte Elternteil aus dem Leben des Kindes verschwindet. In der Schweiz haben 18'000 Kinder keinen Kontakt zum nicht obhutsberechtigten Elternteil mehr!

Argument 4

Mediation ist für Staat und Gesellschaft günstiger

Lösungen, die von den Betroffenen selbst gefunden werden, werden von diesen eher eingehalten als von aussen auferlegte Urteile. Diese verursachen nicht selten grosses Leid für die Kinder, sondern erzeugen auch beträchtliche Kosten für Staat und Gesellschaft (Arbeitsausfälle, Nicht-Zahlung von Unterhaltsbeiträgen, Missbrauch von Alkohol und Drogen, Suizide, Familiendramen usw.)

Elterliche Sorge, Revision

Sitzung des Nationalrats vom 25. September 2012,
8.00–13.00

Thema: **VERWEIGERUNG DER PERSÖNLICHEN BEZIEHUNG**

Aktuelle Lage

Wenn ein obhutsberechtigter Elternteil seinem Kind den Kontakt zum anderen Elternteil verweigert, gibt es keine Strafnorm, die dies sanktionieren würde – auch wenn ein Gericht oder die Kindes-schutzbehörde Dauer und Umfang des persönlichen Verkehrs ein-deutig bestimmt haben. ZGB Art. 292 (Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen) ist für solche Situationen nicht ausreichend. wirksam. *Das Problem ist schwerwiegend.* Ausgehend von einer Studie der Universität Zürich (NFP 52) schätzt man, dass 18'000 Kinder kei-nerlei Kontakt zum nicht obhutsberechtigten Elternteil mehr haben, wenn die Trennung der Eltern zwei oder mehr Jahre zurück liegt.

Unsere Position

- Wir schlagen vor, die Verweigerung des persönlichen Verkehrs als Grund für den Entzug der elterlichen Sorge im ZGB zu veran-kern (Art. 311, Abs. 1).
- Wir unterstützen den ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates, den StGB Art. 220 zu ergänzen (Gesetzesentwurf).

Unsere Textvorschläge

ZGB Art. 311 Abs. 1

2 wenn sich Vater oder Mutter nicht ausreichend um das Kind gekümmert haben, *sie den persönlichen Verkehr des Kindes mit dem anderen Elternteil vereitelt* oder ihre Pflichten ihm gegen-über gröblich verletzt haben.

StGB 220 (Vorentwurf des Bundesrates)

Titel: Entziehung von Unmündigen, *Verweigerung des persönli-chen Verkehrs*

Text: Wer eine unmündige Person dem Inhaber der elterlichen oder der vormundschaftlichen Verantwortung entzieht oder sich weigert, sie ihm zurückzugeben, *wer sich weigert, eine unmün-dige Person dem Inhaber eines Rechts auf persönlichen Verkehr zuzuführen*, wird...

Révision de loi relative à l'autorité parentale

Séance du Conseil national du 25 septembre 2012,
8.00–13.00

Thème: **REFUS DES RELATIONS PERSONNELLES**

Situation actuelle

Aucune norme pénale ne permet de sanctionner le parent gardien qui refuse ou empêche l'enfant puisse d'entretenir des relations per-sonnelles avec l'autre parent, telles qu'elles ont été ordonnées par l'autorité de protection de l'enfant ou par le juge. L'art. 292 CPS (insoumission à une décision d'autorité) n'est pas efficace pour ce type de situation.

Ce problème est grave. Sur la base d'une étude de l'Université de Zurich (PNR 52), on estime à 18'000 le nombre des enfants qui n'ont plus aucun contact avec le parent non gardien, lorsque leurs parents se sont séparés depuis deux années ou plus.

Notre position

- Nous proposons de mentionner explicitement le refus des rela-tions personnelles comme motif de retrait de l'autorité parentale dans le CCS (art. 311, al. 1, ch. 2).
- Nous soutenons la proposition du Conseil fédéral de compléter l'article 220 CPS (avant-projet).

Notre proposition de texte (modifications)

Art. 311 CCS, al. 1,

2 lorsque les père et mère ne se sont pas souciés sérieusement de l'enfant, *qu'ils ont refusé les relations personnelles de l'enfant avec l'autre parent* ou qu'ils ont manqué gravement à leur devoir envers lui.

Art. 220 CPS (Avant-projet du Conseil fédéral)

Marginale: Enlèvement de mineur, *refus du droit de visite.*

Texte: Celui qui aura soustrait ou refusé de remettre un mineur au détenteur du droit de garde, *celui qui aura refusé de confier un mineur au détenteur du droit de visite, sera, ...*

Revisione della legge relativa all'autorità parentale

Sessione del Consiglio nazionale del 25 settembre 2012,
8.00–13.00

Tema: **RIFIUTO ALLE RELAZIONI PERSONALI**

Situazione attuale

Nessuna norma penale permette di sanzionare i genitori affidata-ri che rifiutano o impediscono che i figli possano intrattenere rela-zioni personali con l'altro genitore, così come sono stati decisi dall'autorità di protezione del bambino o dal giudice. L'art. 292 CPS (disubbidienza ad una decisione d'autorità) non è efficace per ques-to tipo di situazioni.

Questo problema è grave. Sulla base di uno studio dell'Università di Zurigo (PNR 52), si stima a 18'000 il numero di bambini che non hanno più nessun contatto con il genitore non affidatario, a due anni o più dalla separazione dei loro genitori.

La nostra posizione

- Noi proponiamo di menzionare esplicitamente il rifiuto alle rela-zioni personali come motivo di soppressione dell'autorità parentale nel CCS (art. 311, cap. 1, ch. 2).
- Noi sosteniamo la proposta del Consiglio federale di completare l'articolo 220 CPS (avan-progetto).

Nostra proposta di testo (modifiche)

Art. 311 CCS, cap. 1,

2 quando il padre e la madre non si sono presi cura adegua-tamente e seriamente dei figli, *che hanno rifiutato le relazioni personali del figlio con l'altro genitore* o che hanno mancato gravemente al loro dovere verso di lui.

Art. 220 CPS (Avan-progetto del Consiglio federale)

Marginale: Sottrazione di minore, *rifiuto del diritto di visita*

Testo: Colui che sottrae o rifiuta di riconsegnare un minore al detentore della custodia, *colui che rifiuta di consegnare un mi-nore al detentore del diritto di visita, sarà, ...*

I nostri argomenti

Argomento 1

Pregiudizio grave agli interessi del bambino

Ostacolare le relazioni personali presenta un pregiudizio grave ai diritti fondamentali del bambino (costituzione federale, Convenzione internazionale dei diritti del bambino, Convenzione dei diritti umani).

Argomento 2

Pregiudizio grave alla personalità del bambino

È molto importante per il bambino avere un rapporto continuo e contatti regolari con entrambi i genitori. Ostacolare un rapporto personale con uno dei suoi genitori è una forma particolarmente dannosa di abuso che può segnare la persona per tutta la vita.

Argomento 3

La protezione del bambino: un dovere per la società

I bambini sono i membri più deboli della società. Essa deve fornire loro protezione quando un conflitto tra i loro genitori degenera e mette in pericolo la loro salute psichica e il loro sviluppo.

Argomento 4

Non tollerare che un genitore imponga la sua legge.

In uno Stato di diritto, non può essere tollerato che un individuo si sostituisca alla giustizia o che si sottragga alle sue decisioni.

Argomento 5

Correggere i difetti del diritto attuale

Il diritto attuale è lacunoso. Autorità di protezione e giudici ammettono la loro impotenza nel far rispettare le loro decisioni in caso di conflitti inaspriti tra genitori di figli in comune. 17 cantoni, l'Associazione svizzera dei magistrati dell'ordine giudiziario, la Federazione svizzera degli avvocati e l'Associazione svizzera delle tutrici e tutori ufficiali sostengono la modifica dell'art. 220 CPS. Bisogna porre dei limiti chiari e fermi ai poteri del genitore affidatario e mettere fine ad una impunità di fatto, insostenibile. Si tratta anche di correggere una «disparità di trattamento manifesta» tra genitori affidatari e genitori non affidatari (dixit il Consiglio federale, rapporto esplicativo dell'avan-progetto, 2009).

Argomento 6

Ne va della credibilità dello Stato

Lo Stato non è credibile se non si attribuisce i mezzi per far rispettare le decisioni emesse dalle sue autorità o dalla giustizia.

Nos arguments

Argument 1

Atteinte grave aux intérêts de l'enfant

Le refus des relations personnelles représente une atteinte grave aux droits fondamentaux de l'enfant (constitution fédérale, Convention internationale des droits de l'enfant, Convention des droits de l'Homme).

Argument 2

Atteinte grave à la personnalité de l'enfant

Il est très important pour l'enfant d'avoir des relations suivies et régulières avec ses deux parents. Le refus des relations personnelles avec l'un de ses parents constitue une forme particulièrement pernicieuse de maltraitance qui peut marquer la personne durant toute sa vie.

Argument 3

La protection de l'enfant: un devoir pour la société

Les enfants sont les membres les plus faibles de la société. Celle-ci doit leur fournir protection lorsqu'un conflit entre leurs parents dégenère et met en danger leur santé psychique et leur développement.

Argument 4

Ne pas tolérer qu'un parent impose sa loi

Dans un État de droit, il ne peut être toléré qu'un individu se substitue à la justice ou qu'il se soustraie aux décisions de celle-ci.

Argument 5

Réparer les défauts du droit actuel

Le droit actuel est lacunaire. Autorités de protection et juges avouent leur impuissance à faire respecter leurs décisions lors de conflits aigus entre parents d'enfants communs. 17 cantons, l'Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire, la Fédération suisse des avocats et l'Association suisse des tutrici et tuteurs officiels soutiennent la modification de l'art. 220 CPS. Il faut poser des limites claires et fermes aux pouvoirs du parent gardien et mettre fin à une impunité de fait, insoutenable. Il s'agit aussi de corriger une «inégalité de traitement manifesta» entre parent gardien et parent non gardien (dixit le Conseil fédéral, rapport explicatif de l'avant-projet, 2009).

Argument 6

Il en va de la crédibilité de l'État

L'État n'est pas crédible s'il ne se donne pas les moyens de faire respecter les décisions rendues par ses autorités ou par la justice.

Unsere Argumente

Argument 1

Schwere Verletzung des Kindeswohls

Die Verweigerung des persönlichen Verkehrs zu einem Elternteil stellt eine schwere Verletzung des grundlegenden Rechte eines Kindes dar (Bundesverfassung, UNO-Kinderrechtskonvention, Europäische Menschenrechtskonvention).

Argument 2

Schwere Beeinträchtigung der Persönlichkeit des Kindes

Für ein Kind ist es sehr wichtig, regelmässige und enge Beziehungen zu beiden Eltern zu haben. Die Verweigerung des persönlichen Verkehrs mit einem Elternteil stellt eine besonders schädliche Form der Misshandlung dar, welche ein Kind ein Leben lang prägen kann.

Argument 3

Der Schutz des Kindes : Eine Aufgabe für die Gesellschaft

Kinder sind die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Sie sind auf deren Schutz angewiesen, wenn der Streit zwischen den Eltern ausartet und ihre psychische Gesundheit wie auch ihre Entwicklung gefährdet.

Argument 4

Nicht zulassen, dass ein Elternteil allen seinen Willen aufzwingt

In einem Rechtsstaat ist es nicht denkbar, dass eine Einzelperson sich an die Stelle der Justiz setzt oder sich deren Entscheidungen entzieht.

Argument 5:

Die Mängel des aktuellen Rechts beseitigen

Das heutige Recht weist Mängel auf. Kinderschutzbehörden und Richter geben ihre Ohnmacht zu, ihre Entscheidungen bei hochstrittigen Elternkonflikten durchzusetzen. 17 Kantone, die schweizerische Richtervereinigung, der schweizerische Anwaltsverband und der Verband der Amtsvormunde unterstützen eine Revision des StGB Art. 220. Es braucht klare und verbindliche Grenzen für die Macht des obhutsberechtigten Elternteils. Die faktische Straflosigkeit ist nicht hinnehmbar und muss ein Ende haben. Es geht auch darum, eine offensichtliche Ungleichbehandlung von obhutsberechtigtem und nicht obhutsberechtigtem Elternteil zu beenden (so der Bundesrat im Kommentar zum Gesetzentwurf von 2009).

Argument 6:

Glaubwürdigkeit des Staates

Der Staat ist unglaubwürdig, wenn er nicht über die Mittel verfügt, die von einem Gericht oder einer Behörde gefällten Entscheide auch durchzusetzen.